

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage
Durch die Post bezogen
Satzzeit 10 Pf. DM

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
toerwall 9, Betriebs A 4500
Postleitzettel Köln 18937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 18

9. Jahrgang

Köln, den 24. Dezember 1921.

Zum Jahreswechsel

entbietet allen Mitgliedern
und deren Familien die besten
Glück- und Segenswünsche
Zentralverband und Schriftleitung.

Jahreswende.

Noch einige Tage und das Jahr 1921 hat seinen Lauf vollendet und ist in das Meer der Vergangenheit versunken. Da heißt es für einen Augenblick unruhig zu sein. Nachwärts blickend, vorwärts schauend, so ist der Mensch Rechenschaft geben über sein Tun und Denken. Nachwärts schauend will er prüfen ob das vergangene Jahr für ihn ein Jahr des Fortschritts und des Gewinnes gewesen. Soll prüfen, ob er in dieser unruhigen Zeitmann keinen Mann gefunden, seine Pflichten gegenüber Staat, Familie und Stand erfüllt, mit seinen Diensten gewunken, aber auch sich eingeweuelt muss. Was du in der Minute ausgeschöpft hast, bringt dir seine Gewissheit zurück.

Für das deutsche Volk wird das Jahr 1921 ebenso wie seine letzten drei Vorgänger, kein Ruhmesjahr, in der Geschichte darstellen. Nicht das ist ein dunkler Punkt in der Geschichte eines Volkes, wenn ihm wie dem deutschen im Jahre 1918 ein schweres Unrecht zugeht. Wohl aber, wenn es ihm an Einfach, gutem Willen die Verhaftung zu bleiben scheicht. Daraus hat es aber im Jahre 1921 noch gelebt. Trost London und Paris, trotz der Verhängung der militärischen und wirtschaftlichen Kontrakte vermodete sie.

der so notwendige Gemeindesgedanke

nicht durchzusiehen. Parteipolitische und auch konfessionelle Scheuflossen hinderten im guten Teile die richtige Einsicht in den sozialen Stand der Dinge. Anstatt sich resolut auf den Boden des Gegebenen zu stellen, das zu tun, was die Stunde leuchtend erging, sich ein Teil in dem vergeblichen Begüßen wieder aufzuhalten, was sich als moralisch und überdrücklich erwiesen hat. Weder andere gaben einen notwendigen, fruchtbaren und wirtschaftlichen Wiederanfang nur durch Verwirklichung parteidogmatischer, utopischer Fregtarme erreichen zu können. Bei dieser Saat ist es erstaunlich, wenn selbst in den dunklen Stunden des vergangenen Jahres, bei dem jeglichen parlamentarischen System keine tragfähige Regierung zu handeln wusste, die mit Autorität von dem Vertrauen des armenen Volkes getragen eine jelle kommunistische Zerstörung zu

den Forderungen der Entente hätte eintreten können.

In Voraussicht der kommenden Dinge hatte daher die christliche Gewerkschaftsbewegung auf dem

Elener Kongress

ein Programm aufgestellt, welches — wäre es möglich gewesen, es innerhalb eines Jahres zu verwirklichen — uns politisch ein gutes Stück weitergedacht hätte. Derartige Forderungen aber lassen sich nicht in einem Jahre durch. Aus dem Grunde müssen wir im kommenden Jahre alle Kräfte haben, uns mit unserer ganzen Kraft mehr wie bisher dafür einzusetzen.

Eine notwendige Rolle dieser vermehrten politischen Verhältnisse war die weitere Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens. Schwer waren die Verhältnisse des Beschäftigtenvertrages auf unseren Schiffen. Und wenn nicht in leichter Stunde wieder

Arbeitswille und Arbeitsfreudigkeit

eingefordert wäre, wäre es bestimmt zum Zuwiderkommen in einer Form gekommen, die mir viele auch mehr die Wiederherstellung der Lebensmöglichkeit bedeutet hätte. Es in das unbestimmte Verhältnis der Gewerkschaften, in einer Kette der christlichen Gewerkschaften, vielen Arbeitswillen wieder neidete zu haben. Eine daraus resultierende und unablässige Arbeit, immer wieder der Durchsetzung und Streiksbehauptungen entgegenzuwirken, die Arbeiterschaft den Ansprüchen der vorbehaltlichen Bilderrichtung vorzuhalten. Eine Aufgabe, um so schwieriger, weil der treuen Bilderrichtung der Arbeitnehmer weder ein entsprechendes Lohn in Aussicht gestellt werden konnte, noch andere Stände und Berufe mit gutem Beispiel voranzutreiben.

Wohl hörten wir in den Kreisen der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie bei jeder Gelegenheit die Bedeutung der Notwendigkeit einer verstärkten Produktion. Als Mittel hierzu aber fanden sie durchweg nur die

Abschaffung des Wochentags

und die Erhöhung der Preise für industrielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Produkte. Wel notwendiger und produktionsfördernder wie die Beseitigung einer wirklich sozialen Errungenschaft, wäre aber die reizlose energische Belehrung des arbeitslosen Einkommens, des Wuchers in jeder Norm, wodurch Tausende von arbeitsfähigen Kräften ihr Parasitentum unmöglich gemacht und der produktiven Tätigkeit zugestellt würden. Wenn sich also ein wirtschaftlicher Mangel an Arbeitskräften einmal zeigen sollte, dann greife man gerönt an die Arme zurück.

Diese Vorlesungspekulationen, Wurstausleute usw. sind es, die die Leitung zum guten Ende mit verhüten durch ihr Lügen ge-

Schlemmerleben, die nationalen Werte verleugnen und den Bedürftigen das notwendige Städtische Brot vom Munde wegschlecken, um es in Form von ausländischen Weinen und Zugusakeln zu verprassen.

Leider muß auch gelagert werden, daß selbst in Arbeiterkreisen noch viele Elemente sind, die ebenfalls den Beruf in sich führen, es diesen unsauberen Elementen, wenn auch nur im kleinen gleichzutun. Hierauf wird die Gewerkschaftsbewegung im kommenden Jahre in erhöhtem Maße ihr Augenmerk richten müssen.

Eine Wendung zum Besseren wird aber nur zum kleinen Teil von staatlichen und gesetzlichen Maßnahmen zu erwarten sein. Die ganze Zukunft unserer gegenwärtigen staatlichen Gewalt kommt wohl am besten dadurch zum Ausdruck, daß die Reichsregierung in letzter Zeit geradezu bei den Arbeitern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft bestrebt gehen mußte, um in die Lage verkehrt zu werden, die unter dem Druck des Zwanges eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Nur der ehrliche Wille, den Gemeindesgedanken zu pflegen und ihm zum Opfer zu bringen, und Arbeit in allen Kreisen, läßt die Hoffnung auf bessere Zeiten kontinuieren.

Aufgewirtschaftliches Gebiete

Kann das Jahr 1921 keine besondere Verdienstausbildung ausüben. Große Mitgliedszunahmen sind, da heute etwa 30 bis 40 Prozent der organisatorischfähigen Arbeiter und Angestellten bereits gewerkschaftlich organisiert sind, nicht mehr zu erwarten. In den freien Gewerkschaften ist nach den bisherigen Verhandlungen zu urteilen, nicht nur ein Standpunkt einzutreten, sondern bei einigen großen Verbänden, wie Transportarbeiter, Eisenbahner, ein erheblicher Mitgliederverlust zu verzeichnen. Wohingegen in den christlichen Gewerkschaften noch ein Fortschritt — man rechnet für die Gesamtbewegung mit einem Zuwachs von 100 000 Mitgliedern — zu vermerken ist. Der Hauptzuwachs kam weniger aus den Reihen der Unorganisierten, sondern ein gut Teil der Arbeiter, die im ersten Revolutionstrümmer zu den Roten gestoßen waren, hat sich auf sich besonnen und verloren nunmehr, seine Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft mit seiner inneren Überzeugung in Einklang zu bringen. So ist denn auch der Zusammenschluß unseres Verbands von etwa 3000 Mitgliedern in der Hauptstädte auf Übertritte aus den roten Verbänden zurückzuführen.

Uebel mitreißt wurde im Laufe des Jahres den Gewerkschaften durch die

Geldentwertung

Ein Verbandsvermögen von 20—80 000 in Währungswerten bedeutete mehr wie ein Salat von 1 Million. Eine halbe Million im Januar war mehr wie ganze Millionen im Dezember des vergangenen Jahres. Die Unternehmer fin-

wahrsch. nicht die legten, die eine derartige Wertverminderung, die zugleich eine entsprechende Minderung der Kapazität des Verbündeten bedeutet, bei Verhandlungen über in Aussicht zu stellen. Und wenn nun der Einfluss der Gewerkschaften im öffentlichen politischen Leben, ihr Einfluss auf die Gesetzgebung zu einem guten Teile dieses Maßes ausgeglichen hätte, hätte der Ausgleich zwischen Einkommen und steigender Leistung noch viel weniger erfolgen können. Notgedrungen werden daher die Verbände vorwärtschauend im kommenden Jahre, im ureigensten Interesse der Mitglieder, die Beiträge der Geldentwertung mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit anpassen müssen.

Unbefriedigend waren auch die Erfolge der Gewerkschaften in bezug auf die

Gehaltung der Lohnverhältnisse.

Wohl sind für sich sämtliche Mitglieder ein halbes Dukzend und mehr Lohnbewegungen geführt worden. Lohnzuschüsse um rund 100 Proz. von Januar bis Dezember sind keine Seltenheiten. Die verfügbaren Kräfte des Verbündeten waren hierdurch ausreichen angewandt. Stärker aber wie wir waren die Verhältnisse. Der Vernichtungswille der ehemaligen Kriegsleute in Verbindung mit einem gewissenlosen Wucherum, von dem ja alle Stände und Berufe angefasst waren, ließen fast alle Erfolge unter den Händen zerrinnen. Noch ehe optimale eine Lohnbewegung beendet war die Tenzierung um mehr fortgegangen, wie die außergewöhnliche Forderung herauf. So konnte es denn nicht wundern, wenn lebt oft in einer Versammlung das getrocknete Lohnabkommen angenommen und zugleich beschlossen wurde, es sofort wieder zu kündigen. Der bestätigte Beweis für die unkosten und unfruchtbaren Verhandlungen ist die Tatsume, doch wir in leichter Zeit schwungen waren. Lohnabschlüsse auf die Dauer von vier Wochen mit 14 tägiger Kündigungszeit abzuwickeln. Wenn nicht im Tatsumen sin im letzten Jahre eine Konzentration vollzogen, Reichs- und Bezirkstage weiter ausgebaut worden wären, standen die Gewerkschaften vor der Tatsume, die Verhandlungen nicht mehr meistern zu können. Wilde Vereinigungen und Familieneide würden einen erstaunlichen Umsatz annehmen, wodurch das Wirtschaftsleben noch unsicher gemacht und an einen Wiederaufbau nicht zu denken wäre.

Die einzige Rettung, die uns das Leben noch ermöglichte, war der durchweg

gute Geschäftsgang.

in Industrie, Handel und Gewerbe, wodurch den Arbeitern und Angestellten das bessere Los, was je treiben kann, die Arbeitslosigkeit, erspart blieben. Dieser gute, zum Teil plötzliche Gewinnbrang, der auch beträchtlich auf die Gemeindebetriebe und Betriebsunternehmungen einwirkte, war nur möglich, dass der ausgeholtene Preis, der das deutsche Wirtschaftsleben retten lass, auf den Schultern zurückgeblieben. Gerade Amerika und England, die 6 resp. 2 Millionen Arbeitslose anzuweisen haben, haben erfahren müssen, dass nun einmal ein 60 Millionen Volk, die das deutsche, sich nicht aus der Weltverschuldung ausschalten lässt, kein Sturz die übrigen Nationen mit in den Abgrund reißen mag. Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die Beiträge zu bewerten, welche in der Erfüllung seiner eingegangenen Verpflichtungen Erleichterungen zu gewähren. Hatten wir doch im nächsten Jahre sich die gesamte Menschheit der notwendigen Erfahrung bei verhältnis, zu der Erkenntnis gezwungen, doch letzter Endes nicht in der Umsetzung einer Notion, sondern nur in dem Zusammenspiel eines

wahre Kultur wahres Fortschritts

wollen und gebeten kann.

Doch sei unter

Kriegshistorisch.

an der Stelle, an die wir geholt sind, im Ausmaße unserer Kräfte an der Erneuerung der Welt mitzuwirken. Hierzu haben wir in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung reichlich Gelegenheit. Gelingt es, auf diesem Wege ein gut Stück weiterzukommen, einen weiteren Teil unseres Programms zu verwirklichen, dann durjen wir die begründete Hoffnung auf einen Wiederaufstieg, und mög er noch so beschwerlich sein, begen. Also mit neuem Mut, mit neuer Zuversicht an die Arbeit, denn

dem Mutigen gehört die Welt!

Wohnungsnot.

Unter den vielen Dingen, die von einer bitteren Gegenwart dem deutschen Volke ausgetragen sind, steht die Wohnungsnot mit an einer Stelle. Ihre Auswirkungen, die frohe und traurige des Elends, das sie erzeugt, die tragischen Folgen in Artillerie und Infanterie Besiedlung, fürt die ganze Not, die insbesondere die minderbemittelten Schichten des Volkes trifft. Sie liegt ja handgreiflich auf, dass schon seit Jahr und Tag eindringlich der Ruf erhoben nach der städtischen Bekämpfung dieses Leidels. Doch leichter gelingt wie genau! Die Not ist riesengroß, ist uns über den Kopf gewachsen, und ihre Überwindung erfordert ungeheure Mittel, die geradezu ans Phantastische grenzen! In der Kriegszeit haben wir jährlich etwa 200 000 Wohnungen gebaut. Durchwährend des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren eine nennenswerte Baufähigkeit aber nicht hergestellt hat, anderseits aber trotz der erheblichen Kriegsschäden, die im einzelnen Städte wohl mehr auf ein Bett, nicht aber eine Wohnung freimachten, keine Wiederherstellung des Wohnungsbedarfes hergestellt hat, so gelingt eine einfache Berechnung, dass uns heute etwa 1 Million Wohnungen im Deutschen Reich fehlen. Es gilt nun, in absehbarer Zeit nicht allein diesen Mangel mehr, aber wen gesausgutlichen, sondern darüber hinaus der noch weiterhin vermehrten Bedürftigung neue Wohnlegerungen zu schaffen und für Erfolg der alten Wohnungen Sorge zu tragen. Mit einem Worte, unbedingte Notwendigkeit ist die jährliche Errichtung von mindestens 200 000 Wohnungen, wobei gernfalls die Wohnungsnot sich mit jedem Lobe bis zur Unerschöpflichkeit verhörfen muss.

Das Problem liegt klar. — Wie aber helfen? — Die Errichtung nur einer einzigen Wohnung wird bei den ungeheuren Preisesteigerungen der Gegenwart bald über 100 000 M. zu stehen kommen. 200 000 neue Wohnungen im Jahre würden uns also 20 Milliarden Mark kosten! Eine phantastische Summe, ob deren Höhe man verwöhnen möchte. — Doch so rücksichtslos die Schwierigkeiten auch sind, hier gilt es zuvorsichtig! Nahrungs-, Kleidung und Kleidung sind die Elementarbedürfnisse des Menschen. Diese drei sind gewähren ihm die phantastische Existenz. Und diese dem deutschen Volke zu erhalten, ist unsere heiligste Aufgabe, an deren Erfüllung uns auch die größten Schwierigkeiten nicht zu hindern vermögen!

Ein Einwurf: Warum hat man es überhaupt erst zu dieser ungetaten Reaktion kommen lassen? Wie konnte es sich zu einer Katastrophen von solchem Umfang auswachsen? Eine Frage, deren Diskussion von manchen Seiten dringend gewünscht wird, um damit den eigenen Interessen Verdamm zu lei-

sen. Man beantwortet sie in dem Sinne, dass nur die sogenannte Wiederaufbaubewegung die Schulevacanze trug. Würde man sich aber Gangeste auf dem Wohnungsmarkt enthalten, hätte man hier die „reine Wirtschaft“ nach bewogtem Vertrag eingetragen; dann wäre dem deutschen Volke direkt Katastrophen erspart geblieben, dann gäbe es heute Wohnungsn in Hülle und Fülle. Eine Beweisführung, die manchen bestätigt, und zwar hauptsächlich deshalb, weil ihr ein richtiger Kern innenwohnt. Möglich, dass Wohnungen in Hülle und Fülle zur Verfügung ständen, aber ganz gewiss, dass die Wohnungsnot trotzdem noch viel größer wäre, weil nämlich die Mieten seitens der breiten Massen einfach nicht bezahlt werden könnten. „Reine Wirtschaft“ auf dem Wohnungsmarkt bedeutet nicht mehr und nicht weniger als 12- bis 14 Jahre Friedensmieten und noch mehr, so dass für eine kleine Wohnung mit 600 M. Friedensmietpreis vielleicht 7500 M. Miete zu zahlen wären. Mein, das Gefürt dieser, die nach der Herstellung der freien Wohnungswirtschaft goldene Perle versprechen, lehnen wir grundsätzlich ab, denn es wird vom freien Capitalismus bestimmt. Anpassung der in den Häusern und Grundstücken stehenden Goldwerte an die entwertete Mark ist nämlich das Ziel ihres Strebens. Ein Jugendlich der Schwäche seitens der Regierung, ein geringes Nachdenken nur kann hier unberechenbaren Schaden stiften. Schon ein Monat freier Wirtschaft stellt die Verhältnisse geradeaus auf den Kopf. Da die Mieten eine ausreichende Verzinsung und Amortisation des Neubaus sicherstellen müssten, wäre ihre Steigerung auf das 12- bis 14fache gegeben. Natürlich pahten sich die Mieten der alten Häuser dem sofort an, denn „reine Wirtschaft“ bedeutet ja nichts weiter als Privatisierung nach dem Vorbild von Anger und Roßwag. Die Kapitalisierung dieser erheblich gestiegenen Mietebeträge lädt höchstens nicht lange an das Parten, sie würde in der Form, dass neue Hypotheken das Haus und das Grundstück belasten. Und keine Macht der Welt wird je imstande sein, die so entstehende neue Verzierung des Bodens und somit der Mieten auf friedlichem Wege wieder zu beseitigen. Denn sein Räuber eines tollen auf Grund hoher Mietserträgnisse hoch belasteten Hauses kann in einer späteren Zeit die Mieten nachlassen, selbst dann nicht, wenn vielleicht einmal — was wir alle erhoffen — der Wert der Mark erheblich gestiegen sein sollte. Die Hypothekenbelastung des Grund und Bodens bleibt auf alle Ewigkeit wie ein Bleikloß am Rute des Bewohner oder Verkäufer hängen. Unverhofft fleissen die Zinser!

Ein ungeheures Verdienst gehörte so jenen Freien, die ehrlich die schwierigsten erkannt und dementsprechend das Steuer der Bevölkerung richtig geliefert haben, die sich aber auch durch leidlich anzusehen, an denen es wahrlich nicht sehr ist, was auf dem einmal für richtig erkannten Wege beitreten ließen. Und hier war es insbesondere Kollege Stegendorf, der durch seine vorbildlichen Maßnahmen als preußischer Wohlfahrtsminister auf seinem Gebiete bahnbrechend gewirkt hat. Er hat sich damit denn auch den bittersten Feind und die Feindschaft all jener Haushaltserker, die gegen den, die das Wohl der Allgemeinheit über das eigene private Interesse zu stellen, sich nicht aufzuschwingen vermochten. Deren Verher und Gehammer ist gewiss verständlich. Sind sie doch, obwohl Bestreit von Sachwerten, in die Rolle von Papierwertbeschneidern gedrängt worden, indem sie die Vermögens ihrer Kapitals schmälich ihrer Fünfzig nicht in Gold, d. h. in 12- bis 14fachen Mieten, sondern nur in Papier, nämlich in etatsachen-

Mieten erhalten. Gewiss ist ihre Lage gegenüber dem Aktionär, dessen Aktie auf einem Kursie von 200 steht, bei also für ein Papier, für das er in Friedenszeiten 1000 M. zahlte, heute 25 000 A. erhält, recht ungünstig, doch teilen sie nur das Geschick der überwältigen Mehrzahl des deutschen Volkes, nämlich all derer, die nichts ihr eigen nennen, als ihre Arbeitskraft, aber auch derjenigen, die als gute Patrioten dem Vaterlande in schwerer Zeit ihr Geld als Kriegsanleihe zur Verfügung stellten. Anstrengung ihrer Forderung auf Anpassung der in den Häusern steckenden Goldwerte an die Gesamtwerthaltung wäre deshalb nicht bloß eine vollswirtschaftliche Unmöglichkeit und Unverträglichkeit, sondern auch eine Ungerechtigkeit, die auch nicht in Gerechtigkeit verfehlt wird, daß der Aktionär besser dargemessen ist. — Dieser Weg der „freien Wohnungswirtschaft“ war also nicht gangbar, es ist ein unvergängliches Verdienst der Regierung, daß sie sich nicht aus diese verderblichen Fäden lösen ließ.

Was ist nun in der letzten Zeit zur Bekämpfung der Wohnungskrisis geschehen? Infolge der zwangsmäßigen Niedrighaltung der Mieten, die den privaten Wohnungsbau wegen der zu erwartenden niedrigen Mieten, die keine annähernde Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals brachten, fast völlig stoppte, lag auch die Bautätigkeit so gut wie still. In erschreckender Größe erhob sich die Wohnungskrisis in den Tagen der Revolution, wo Millionen vom Volksgesellen in die Heimat zurückströmten, wo hunderttausende von Kriegsentrückten ihr eingeschlossenes Heim verloren, wo abermals Hunderttausende aus den abgerissenen Gebieten im Heimatlande Samt und Unterhose suchten. Der größte Not verlor man — leider meist vergeblich — durch eine rationelle Ausnutzung der vorhandenen Mietwohnungen zu ihrem Finanzierungszweck. Konfiszierung von Böden, Kellern, Ställen, Scheunen und Vorassen zu Wohnzwecken sollten zunächst Abschaffung schaffen. Ein Tropfen auf einen heißen Stein!

Die Zungriffnahme einer neuen Bautätigkeit war die weitere Aufgabe. Diese war aber nur möglich mit Hilfe irgendwelcher Zulage, die den „betriebsreichen“, also durch Mieten verjährlischen Bauaufwand bedient. Da entstehet hier dann das Reich, trotz seiner mächtlichen Finanzlage auf Hergabe von Zwischen, die aus den allgemeinen Staatsmitteln genommen wurden. So wurden vom Reich, den Ländern und Kommunen etwa 2 100 Millionen Mark zu diesem Zweck aufgewendet, mit deren Hilfe innerhalb zweier Jahre die Errichtung von etwa 24 000 Wohnungen, davon 21 000 Not- und 3 000 Dauerwohnungen gelang. Auch das bedeutete nicht viel mehr als ein Trotzen, die Wohnungskrisis sieg, anstatt sich zu vermindern.

Die Notwendigkeit durchgreifendes Massnahmen ergab sich somit immer mehr. Auf dem bestrittenen Wege war aber die Bewältigung der Krise nicht zu erreichen. Da zu reichen die befreünten Staatsmittel nicht aus, oder aber es mußte auf Kosten einer ungeheuren Verzehrung des Geldes gehen. So brach sich dann ganz allmählich — nach Abwendung und Erkenntnis der Unzulänglichkeit anderer Vorschläge, wie Ausschöpfung neuer „Heimstättendarlehen“ — der Grundstein Pahn. Gedungen der notwendigen Mittel für den Wohnungsbau aus der Wirtschaft selbst heraus.

So fordert ein Gutachten der Sozialfürsorgekommission im Reichsministerium: „Die Mittel zur Herstellung neuer Wohnungen und zur Instand-

haltung der vorhandenen Wohnungen müssen aus dem Wohnungsbau selbst geholt werden, in einer Form, die jede Abzugswert einer Verwendung zu anderen Zwecken als diesen unbedingt ausichtlich.“

Auf den Boden dieses Gutachtens stellte sich dann auch der Reichstag durch die „Anordnung des Reichs“: „Mietsteuer geheben vom 26. Juni 1921“, der eine Mietsteuer zu Zweck des Wohnungsbaus von 10—15 Prozent vorsieht. Damit war ein grundsätzlich sehr bedeutsamer Schritt getan, nämlich die Verwirklichung der Forderung, daß die Förderung der Neubautätigkeit eine gemeinsame Angelegenheit aller Mieter sei, die solidarisch dafür aufzutreten hätten.

Nur einen großen Fehler wies dieses Gesetz vom 26. Juni 1921 auf. Der Steuerertrag war in Unbetracht des niedrigen Steuerauges viel zu gering! Er wurde auf etwa 450 Millionen Mark veranschlagt, womit man höchstens 7000 Wohnungen bauen könnte. Das war natürlich so viel wie gar nichts. Man hatte deshalb diesen Steuerertrag auch nicht zur bloßen Verwendung bestimmt, sondern beschloß die Aufnahme einer Miete in Höhe von 3,2 Milliarden Mark, zu deren Vergünstigung und Amortisation der jährlich zu erhebende Steuerertrag zu verwenden sei. Die Summe von 3,2 Milliarden Mark wurde so auch aufgebracht und in einem Jahre verbraucht, dafür eine 20jährige Belastung des deutschen Volkes mit dieser schuprozentigen Mietsteuer eingetragen. Da man in den folgenden Jahren mindestens die gleichen Summen brauchen wird, ist bei Fortsetzung dieses Verfahrens in jedem Jahre die Aufzehrung eines neuen Mietsteuer erforderlich, so daß man in 20 Jahren glücklich auf einer 20-prozentigen Mietsteuer gelandet wäre! Ein ausgesuchtes und grämigendes Verschulden, dem Bund den Schwanz hukwelle abzuhauen.

So lächerlich und vom volkswirtschaftlichen Standpunkt heralig und unökonomisch ans heute dieses Steuerverfahren auch erscheinen man es wird aber verständlich, wenn man an die unhebeutliche Opposition und den starken Widerstand weiterer Bevölkerungsgruppen gegen eine Miet erhöhung denkt. Hier war es einer radikalen Vertheilung der breiten Mieterschichten den gefundenen Menschenverstand und die einfachsten volkswirtschaftlichen Erfahrungsmöglichkeiten zu räuben. Man weigerte sich, irgendwelche Miet erhöhungen zu dulden, man drohte mit dem Mietstreit, man lebte Himmel und Hölle in Bewegung, mit dem Erfolge, daß im Reichstage für diese ganz geringe Miet erhöhung kaum eine Mehrheit zu finden war. Ammer und immer wieder ging man mit der Behauptung hausieren, die Miet erhöhung würde den Hausbesitzern zugute kommen, was aber nach der Saison des Gesetzes völlig ausgedlossen war. — Die aufgeliessenen Beträge haben schließlich doch — allerdings mit Hilfe der Kapitalisierung auf dem Mietbewerbe — die Bautätigkeit des laufenden Jahres mit bemerkenswertem Erfolge in Gang gebracht.

Rummen Sieh wie vor einer neuen Bauperiode und damit vor der Krise soll es auf dem beschrittenen Wege weitergehen. Soll die Ausbringung der Mittel auch fernerhin so geschehen, daß eine Mietsteuer von 10 oder mehr Prozent ausgeschlossen wird — die natürlich zu der alten hinzukommt — und mit Hilfe des kapitalisierten Betrages gebaut wird? In sehr eingehender Weise hat sich die 13. Kommission des Reichstages mit diesen ganzen Fragen beschäftigt und schließlich den Reichstag gemacht, „das Wohnungsbauabgebot vom 26. Juni 1921 weiter auszubauen“. Man will also mit dem System der indirekten Ausbringung der notwendigen Bauzuschüsse brechen und eine direkte Er-

füllung des verlorenen Bauaufwandes durch die Steuererträge selbst vornehmen. Die notwendige Höhe dieses Standpunktes ist eine außerordentliche Erhöhung der Mietsteuer auf einen Schlag! Mit kleinen Beträgen ist natürlich gar nichts anzufangen. Hier heißt es sich deshalb klar entscheiden, entweder die Bewilligung einer heblichen Steuer zu diesem Zweck, oder aber jeglicher Bericht auf eine Veränderung der Wohnungssatz in absehbarer Zeit.

In Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen auf diesem Gebiete schlägt dann der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer Entschließung an die Reichsregierung vor, für die Jahre 1922 und 1923 die Mietsteuer auf 100 Prozent der Friedensmieten zu bemessen.

Zweifellos eine außerordentlich hohe Steuer, die in jenen Kreisen, wo man auf jegliche volkswirtschaftliche Einsicht zu pfeilen pflegt und nur der Sprache und dem Schlagwort frönt, auf erheblichen Widerstand stoßen wird. Aber urteilen wir selbst, ist eine andere Lösung überhaupt möglich. Ungangbar ist der Weg der Heidsaule aus den allgemeinen Einnahmen, das wäre Katastrophenpolitik im schlimmsten Maße. Unmöglich ist auch die ollmäßliche Steigerung der Mietsteuer und dadurch die langsame Gewöhnung der breiten Massen an erhöhte Mieten. Wo sollte die neue Miete, die dann zur Kapitalisierung dieser Steuereinnahme nötig wäre, untergebracht werden? Es würde höchstwahrscheinlich der Fall eintreten, daß diese Miete nicht unterzubringen ist, und dann würde das Reich mit 4—500 Millionen Mark da, womit es sich kaum lehrt, die deutsche Baumwirtschaft im nächsten Frühjahr überhaupt erst anzureiben. Und selbst wenn diese Schwierigkeiten alle nicht beständen, wäre dann unsere Politik irgendwie verfehlert? Reden wir leicht darüber, daß 10 Prozent Mietsteuer ausreichen, so kommen sie zu den 10 Prozent des vergangenen Jahres hinzu, es sind also 20 Prozent zu zahlen. Im nächsten Jahre werden es dann 20 Prozent sein und so fort. Im Jahre 1930 hätten wir bereits 100 Prozent und 1940 200 Prozent Mietsteuer! Betrachten wir zum Beispiel die Belastung einer Wohnung zum üblichen Mietsteuer von 600 A. Das System der indirekten Mietberhalfung mit einer nur 10-prozentigen Mietsteuer auf 20 Jahre bringt für diese Wohnung eine ideale Belastung von 60 A. d. h. in 20 Jahren von 1200 Mark wofür einmalig 3,2 Milliarden Rundaler flüssig gemacht und in einem Jahre verbraucht werden.

Die von uns vorgeschlagene 10prozentige Mietsteuer dagegen bedeutet für dieselbe Wohnung nur eine Belastung von 600 A. d. h. die Hälfte, während nicht bloß 3,2 Milliarden Mark, sondern etwa 6 000 000 Mark die Beträge zu erwarten sind, also für die Bautätigkeit zur Verfügung stehen. Die sehr erheblichen Unterschiede im Ettrage der beiden Belebungsaarten erklären sich sehr einfach aus den erheblichen zieligen Zusammensetzungen, die bei dem ersten System die allmäßliche Tilgung des nur geliehenen Kapitals erfordert. Ist es da nicht klar wie der Tag, daß demgegenüber das von uns vorgeschlagene Verfahren das weit bessere ist! Die 10prozentige Mietsteuer bringt andrerseits die Beträge auf, deren wir zur Beaufsichtigung von 200 000 Wohnungen bedürfen. Damit läuft sich off, der Wohnungskrisis endlich zu Ende rüden. Wird dieser Vorschlag Geleg und bleibt die deutsche Mieterschaft bei der Stange, bricht sich auch bei ihr die Erkenntnis Pahn, daß zum Wohnungsbau auch Geld gehört, zu dessen Ausbringung die

Gesamtheit der Mieten verpflichtet ist, so ist die Schlacht gegen die Wohnungsnot gewonnen, sie lebt in 4-5 Jahren überwunden, und unsere ganze Wohnungswirtschaft kann wieder in ruhigeren Bahnen wandeln, gilt es dann doch nur noch der zuverlässigen Förderung Wohnraum zu schaffen und die alten abgängigen Wohnungen zu erneuern.

Eine baldige Annahme dieses Vorschlagess würde auch eine sofortige Inangriffnahme der Bautätigkeit ermöglichen. Man ist nicht genötigt, erst den Erfolg einer ausdrücklichenden Anleihe abzuwarten, sondern die einkommenden Mittel gelassen sofort den Beginn. Selbstverständlich ist es klar, daß den breiten Schichten des deutschen Volkes eine so erhebliche Ausgabensteigerung, wie sie eine 100prozentige Erhöhung der Mietensummen darstellt, nicht bei den gegenwärtigen Löhnen angemessen werden kann. Das wäre einfach unverträglich, welche Schichten der Bevölkerung könnten dies einfach nicht tragen. Unbedingt müssen wir deshalb eine der Mietsteigerung entsprechende Entlohnung der Bezieher der Lohn, Gehalts- und Rentenempfänger fordern. Darüber ist man sich tatsächlich auch überall einig. So hatte schon die Sozialisierungskommission im Reichswirtschaftsministerium in ihren Leitsätzen gefordert: „Dabei ist für eine angemessene Erhöhung der Löhne sowie Gehälter im Verhältnis zu den erforderlichen Mietsteigerung derart Sorge zu tragen, daß solche Kämpfe vermieden werden!“ Zu demselben Resultat ist der Wohnung- u. Siedlungsausbau des Reichswirtschaftsministers gekommen. Ebenso müssen natürlich auch Sicherheiten dagegen gefordert werden, daß diese von der Allgemeinheit aufgebrachten Mittel irgendwie der privaten Bereicherung dienen. Um das zu verhindern, muß die Herabsetzung der Zulässe in möglichst großem Umfang an die gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften und sonstigen Unternehmungen erfolgen, die für eine ausverkündige Verwendung der Mittel Gewährleisten. Gegen das Einreden von Schnebern, Wucherern und sonstigen dunklen Grillerien in unsere deutsche Bauwirtschaft müssen von vornherein nur nur ehrlichen Bauausgangsmaßnahmen getroffen werden. Auch muß verhindert werden, daß mit diesen Geldern etwa Bauweisen gefordert werden, die unserer deutlichen Volksgenossen einfach unwürdig sind. Die gleichzeitige Mietstabilisierung mit ihren Hintergründen und engen Sicherheiten muß ein für allemal der Vergangenheit angehören! Das Streben muß möglichst auf die Errichtung von Ein- oder Zweifamilienhäusern, evtl. im Reihenbau, gerichtet werden, bestmöglich, daß jeder Familie etwas Gartenland beim Hause oder doch in unmittelbarer Nähe zur Verfügung gestellt werden kann. Das sind Fragen, von deren richtigem Lösung außerordentlich viel abhängt, baut man doch nicht bloß für eine Generation, sondern für ein oder mehrere Jahrhunderte. Wir wollen unsern Kindern bereitstehen höhere und gehobene Wohnungen hinterlassen, als es unsere Vorfahren mit dem Geschenk der Mietkasernen getan haben.

Die Verwendung der Mittel muß natürlich auf äußerste Sparsamkeit abzielen. Sparbausweise, allerdings erprobte, die Gewähr für einen normalen Bestand bieten, müssen bevorzugt werden. Vor allen Dingen aber muß die Bereicherung der privaten Bauunternehmer hinterangestellt werden. In dieser Hinsicht werden wir uns ja unfeier allerwärts aus dem Boden sprießen können, um in meinungsgünstigen Bauproduktionsgenossenschaften als Treuhänder bedienen können. Sie sind ja gerade zu dem

besonderten Zweck ins Leben gerufen, auf dem Raummarkt preistregulierend und kontrollierend zu wirken; den Beweis dafür haben sie in vielen Fällen erbracht.

Die Bauwirtschaft ist durch Ausbau und gemeinschaftliche Umgestaltung der Städte unter entscheidender Mitwirkung von Arbeitern, Beamten, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit dem öffentlichen Interesse unterzuordnen", muß von der Regierung mit härtestem Nachdruck gefordert werden.

Die Erfüllung all dieser Forderungen ist unlöslich mit dem Vorschlag der 100prozentigen Mietsteigerung verbunden. Ist man jedoch der Regierung dazu bereit, so werden auch unsere Bedenken hinsichtlich der ungeheuren Mehrbelastung der breiten Volkschichten fallen. Dann aber müssen wir auch bereit sein, uns mit voller Energie für diese Mietsteigerung einzustellen. Sie ist der einzige Weg, der den Elend der Wohnungsnott in absehbarer Zeit herausführen kann. Und das sollte uns immerhin einige Opfer wert sein. Lassen wir uns deshalb nicht von den lächerlichen Phrasen derjenigen bestimmen, die einerseits über das Wohnungsselbstmanagement und andererseits über die hohe Mietsteigerung schimpfen. Weitwick, die eugenischlichen Besitzer von Mietwohnungen haben gut schimpfen können, es schließlich wünscht sein, wie die Wohnungssachen zu einem Heim kommen. Hier gilt es aber auf Solidarität von Mietern und Wohnungsbauern aufzurufen. Sich aus eigenen Mitteln eine Wohnung zu schaffen, ist bei meisten Wohnungsbauern eine pure Unmöglichkeit. Sie sind auf die Solidarität ihrer Tafelgenossen angewiesen, die im glücklichen Besitz einer Wohnung sind.

Es ist kein Zufall, daß die erste große Organisation, die namens ihres Mitglieders eine so ungewöhnliche Stärke von der Regierung fordert gerade der Deutsche Gewerkschaftsbund ist. Sein Programm ist die Fortführung eines sozialen Raumschaftsstaates, das sozialistische Einsichten fürstrahlt. Und in diesem Sinne fordert er alle Mietern auf zur Solidarität mit ihren sozialistischen Tafelgenossen, den Wohnungsbauern. Warum auf in den Kampf für die Mietsteigerung!

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Lohnbewegungen im Saargebiet.

Infolge der wirtschaftlichen Abirrung des Saargebiets vom deutschen Mutterlande und der teilweise Einflüsterungen der Frankenthaler macht sich im Saargebiet eine ungebührte Trennung bemerkbar hinzu kommt noch ein ernsthafter Mangel an Waren aller Art, herverursacht durch den wilden Aufstand durch Ausländer und gut bezahlter Saarländer.

Die bis jetzt noch in Mark entlohnte Arbeiterschaft leidet am aller schwersten unter diesen Verhältnissen. In den letzten Monaten wurde die Not unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Saarbrücken fast unerträglich. Die Organisationen reichten deshalb Forderungen ein, lautend auf Gestaltung der städtischen Bediensteten mit den Staatsbeamten und Arbeitern im Saargebiet hinsichtlich ihrer Löhne und Gehälter.

Am 25. Oktober nahm die Stadtoberordnetenversammlung zu dieser Frage Stellung und beschloß, die bisherigen Löhne und Gehälter sogenannte zu erhöhen: Als Grundlohn wurden die Gehälter und Löhne der Staatsbediensteten im Reiche angenommen, dazu sollten 60 Prozent Saarsteuerungszulagen kommen und das Feuer- und Kindergeld um 100 Prozent erhöht werden.

Die Saar-Regierung, welche zunächst aus politischen Gründen ein Interesse an der Einführung des Frankenlohns hatte, genehmigte diese Lohnerhöhung nicht und lehnte in einem Schreiben vom 8. November an den heutigen Bürgermeister die Genehmigung zur Ausschaltung mit der Begründung ab, daß diese vorgeschlagene Lohnerhöhung keine endgültige Lösung der Lohnfrage bedeute und der Staat der Stadt eine derartige Erhöhung nicht zulasse.

Die Arbeitnehmerschaft stand nun nach Wochenlangem Verhandeln wiederum vor einem Rätsel. Die Saar-Regierung hatte Ideen vor, welche der Arbeiterschaft den gegenwärtig vorliegenden Frankenlohn angeboten, die Stadtoberordneten lehnten diese aber aus wohlverständlichen Gründen ab. Verhandlungen wurden nun möglich hin und her gepflogen. Die Arbeitnehmerschaft und ihre Führer waren durch diese Situation in eine schwierige Lage geraten. Was die Stadt geben wollte, ließ die Saar-Regierung freiwillig anbieten, nahm die Stadt nicht an. Die Arbeitnehmer aber waren gezwungen, mit ihren Familien weiter zu durben, indem die Tendenz rücksichtsvorwärts führte.

Es brachte nicht erst darauf hingemessen zu werden, daß sich der Arbeiterschaft Angestellten und Beamten eine durchbare Erregung bemächtigte. Die in Frankenthal entlohnte Arbeitnehmerschaft bezog Löhne von 6000 bis 14000 M. und mehr, was gegen die häudlichen Arbeitier und Straßenhauer mit 1300 M bis höchstens 1700 M pro Monat kaum begnügen wußten.

Die Gewerkschaftsvertreter drängten nun mit aller Macht zu einer Entscheidung. In einer Sitzung mit den maßgebenden häudlichen Industriengremien warf unter Rollvorstecher die Frage auf, ob der Bürgermeister gewillt ist, trotz des Verbotes der Regierung, die vom Stadtkonsortium bewilligte Lohnerhöhung zur Anwendung zu bringen. Diese Frage wurde verneint. Daraufhin erklärte ein Stadtoberordneten, daß man gerne helfen möchte, durch das Verbot der Regierung aber davon abhindert sei, die Stadtbewilligung tunne alle der Arbeitnehmerschaft nicht mehr dienen.

Ein Vertreter der freien Gewerkschaften, Dr. Hellmeister, gab nun die Ansicht ab, die gesamte Arbeitnehmerschaft würde tags darauf zur Abstimmung läuten, ob sie dem Beschluss der Stadtoberordneten zustimmen oder das Verbot der Regierung verlangen lösse. Durch diese Art der Abstimmung würden aber die Arbeitnehmerschaften zwischen zwei Wege wählen. Wählte man den Stadtoberordneten Beschluss, war zu befürchten, daß weitere Aktionen durch die Regierung erschwert oder gar unterbunden würden, wählte man aber das Verbot der Regierung, stand mit einem Schlag die gesamte Bürgerlichkeit, die politischen Parteien und die Presse als Gegner der Arbeitnehmerschaft. Der Arbeiterschaft sei es nicht um eine bestimmte Währung zu tun, sondern sie ertruede ein menschenwürdiges Existenzminimum und wenn ein angemessener Lohn in Mark gezahlt würde, wörs dieses besser als der Frankenlohn. Eine neutrale Abstimmungspolitik sei am oberstensichersten, und da ohne Zweifel die Frage so wie so nicht zu lösen sei, da keine der beiden Institutionen ohne den Druck des Streits aufzugeben würde, so schlage er vor, daß die mögliche Abstimmung entweder für oder gegen den Streit beurteilten sollte.

Leider wohlbegündeten Bedenken enthielt sich die Versammlung für die von den Genossen vorgeschlagene Art der Abstimmung.

Dieselbe ergab dann, wie vorauszusehen war, eine überwältigende Mehrheit für das Angebot der Regierung. Es wurden 1168 Stimmen für das Angebot der Regierung und nur 118 Stimmen für den Stadtverordneten-Beschluß abgegeben. Nach Lage der Sache konnten die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht anders stimmen, haben sie doch in der Regierung den starken Mann und in abetracht der Ausführungen des hessischen Bürgermeisters und verächtlicher Stadtverordneten, auf keinen der Stadt gegenüber dem der Regierung zu klein und konnte man nicht erlangen bei der kraschen Not, in der sich die Arbeitnehmer befanden, daß diese den kleineren Vorteil freiwillig wählen wollten.

Die Befürchtungen, die Kollege Rieger vorausgesprochen hatte, zeigten sich als durchaus begründet. Wie es stand fiel die Tagesreise über die Streisleitung her, nicht nur im Saargebiet, sondern in ganz Deutschland. Nirgends unter der Bürgerschaft und in keiner Partei, mit Ausnahme der Kommunisten, fand man Verständnis für den Streik vor. Ja sogar im Rat der Streisleitung wurde die Teilung vom Bürgern aus prächtliche bekämpft. Seiner Gewerkschaftsvertreter weiß, was es heißt zu Kreisen in einem lebenswichtigen öffentlichen Betrieb, ohne die Compatio der öffentlichen Meinung hinter sich zu haben.

Was hat nun die Saar-Regierung? Durch den Sturm der Presse und die Aktionen der Parteien in ihrem Kreise wurde schließlich geworden, erklärte sie ein paar Tage nach der Abstimmung Idon, daß sie keine gezielte Handlung habe, um entgegen dem Stadtratsschluß den Rücken der Arbeitnehmer und Angestellten gewiß ihrer Wahlstellung Rechnung zu tragen. So hatte, ironischer Abstimmung das Stadtratsschluß gegenüber der Saar-Regierung ihr Selbstverwaltungsrund verschlossen und ist im unklaren Moment Grießen gesunken. Noch aber hatten die Arbeitnehmer und Angestellten nichts.

Auf Grund des § 11 des Beamtenrechts der Unterstützung und Versorgung der Kommunalbeamten, hatte die Saar-Regierung für die städt. Beamten die Rentenförderung einfach vorgenommen. Trotzdem kreierten die Beamten weiter und erklärten, nicht über den Dienst anzunehmen, bis auch die Interessen der Angestellten und Arbeiter gewahrt seien. Der Organisationsausschuß der Stadt Saarbrücken verlangte nun von den Beamten, daß diese den Rentenlohn ablehnen sollten. Da die Beamten aber befürchteten, daß die Saar-Regierung für sie eine Erhöhung in Wack überhaupt nicht zulasse, konnten sie diesem Wunsche nicht entsprechen. In einer weiteren Sitzung der Gewerkschaftsvertreter mit dem Organisationsausschuß gab der Bürgermeister die Entfernung ab, daß die Stadt gewählt und auch in der Lage sei, für die städt. Angestellten und Arbeiter die Staatsangestellten- und Arbeiterlöhne, wie sie im übrigen Deutschland auf Grund des Reichslohnstatutes gezahlt würden, einzuführen, plus 75 Prozent Saarsteuerungszulage, nebst 100prozentiger Erhöhung der Familien- und Kinderzulage. Zur Frage eines endgültigen Verfahrens der Auszahlung durch die Saar-Regierung erklärte der Bürgermeister, selbst für den Fall den Beschluss des Organisationsausschusses durchzuführen. Nun erfolgte für die einzelnen Haushaltspersonen eine Abstimmung bei welcher für die Arbeitsaufnahme 685 gegen diefeine 250 Stimmen abgegeben wurden.

Somit stand der Streik am 18. Nov. sein Ende. In den darauf erfolgten Schlußverhandlungen

wurde vereinbart, daß die Straßenbahner den härt. Arbeitern gleichgestellt werden und als ausgelernte Arbeiter gelten sollen. Ferner wurde beschlossen, daß die Streitfrage bezahlt und keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen. Außerdem müssen die Streitfrage durch Überstunden, welche nicht bezahlt werden, nachgedacht werden.

Somit erhalten die härt. Arbeiter auf ihre bisherigen Grundlöhne 15 Prozent als Ausgleich der Differenz zwischen den Löhnen der übrigen deutschen Staatsarbeiterlöhnen und den übrigen. Auf dieses Gesamtergebnis ein Teuerungszulag von 75 Proz. Die Löhne steigen automatisch und prozentual mit den Löhnen des Deutschen Staatsarbeiter. Die Familienzulage beträgt pro Monat 200 M. Kindergeld wird für jedes erwerbsunfähige Kind und jede Arbeitsstunde 1.60 M. gezahlt.

Die Straßenbahner erhalten als Ausgleich der bisherigen Differenz zwischen den Löhnen der städtischen Arbeiter und ihren 2.3 Prozent mehr, d. h. 18.8 Proz. auf ihre Grundlöhne plus 75 Prozent.

Familienzulage und Kindergeld dasselbe wie die härt. Arbeiter.

Folgende Tabelle stellt die bisherigen und die jetzigen Löhne der Straßenbahner dar.

	^{heutige} Löhne	^{jetzige} Löhne
Gelernte Arbeiter betragen	7.22 M	10.35 M
Für angelernte Arbeiter	6.21 M	11.75 M
ungelehrte Arbeiter	6.09 M	11.10 M
Für Schaffner:		
Führer aus Dienstfahrt	57.20 M	60.00 M
Schaffner	66.20 M	70.00 M

Die Familienzulage betrug 135.00 M. jetzt 200.00 M. pro Dienst.

Kindergeld 1. Kind pro Monat 40 M. Kindergeld 2. Kind pro Monat 50 M. jedes weitere Kind 60 M. (Zahl 1.60 M. pro Arbeitsstunde und jedes Kind unter 15 Jahren.)

Die Mehrbelastung des härt. Haushaltseinkommens durch die Lohn erhöhung beträgt für das letzte Halbjahr Okt.-März 1924 15 Millionen Mark.

Ge wäre verblüft anzunehmen, daß diese Löhne ausreichend den heutigen Verhältnissen im Saarlande Rechnung tragen würden. Die oben bezeichneten Löhne lieben je nach dem Kurs des Franken bis 200 Proz. hinter den Löhnen der Frankfurter Zünge. Bedenkt man, daß über 80 Prozent der Saararbeiter Frankenbegieber sind, so wird einem klar, daß der teure Franken das Wirtschaftsleben im Saargebiet bedroht und unmöglich eine eminente Teuerung hervergerufen hat. Allem in allem aber können die härt. Arbeiter und Straßenbahner mit dem Resultat ihrer Lohnbewegung vollauf zufrieden sein. Der dunkle Punkt in der Lohnbewegung, der nicht zu verwischen ist, ist die unvorsichtige Abstimmung vor dem Streik. Das erhebende und erfrischende Moment bei der Sache war, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in bewunderungswürdiger und nachahmenswerter Weise vom Anfang bis zum Schluß der Bewegung die Einkheitsfront gewahrt hatten, trotz aller möglichen Versuche, diese zu sprengen.

Lohnabkommen mit den kommunalen Straßenbahnen der besetzten Rheinprovinz.

Während die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter im Rheinlande durch den Reichsstatut wie durch den Bezirkstatistvertrag abgeschlossen mit dem Arbeitgeberverband der Gemeinden der besetzten Rheinprovinz, ihre Re-

gelung finden, wurden bisher die Verhältnisse der kommunalen Straßenbahner verteilt. Städte örtlich geregelt.

Sowohl die allgemeinen Bestimmungen des Städtestatut in Frage kommen, wie Durchschnittszahlung des Lohnes in Krankenfallen, Urlaub usw., gelten auch diese für die Straßenbahner. Damit hatte sich schon früher der Transportarbeiterverband als Nicht-Tarifstatut trüben um Gemeindetarif abgefunden. Anders in der Lohnfrage. Sehr oft wurden die Lohnabschlüsse der Gemeindearbeiterorganisationen kritisiert und als ungerecht bezeichnet. Durch höhere Forderungen verlor man das Personal für sich je gewinnen. In M.-Gladbach hat man dieserdahlg logar einmal gestreift, und wie läufig war das Ergebnis.

Ruhrnacht idealisiert in den einzelnen Filialen des Transportarbeiterverbandes die bessere Einsicht gezeigt zu haben. In M.-Gladbach hat man sich ohne weiteres mit der Lohn erhöhung der härt. Arbeiter, die die Gemeindearbeiterorganisationen mit dem U. G. B. der Städte vereinbart haben, abgefunden und dieses Abskommen auch für die Straßenbahner angenommen. In Bonn unterscheidet der Vertreter des Transportarbeiterverbandes die Vereinbarung vom 9. 10. 20 Jänner 4. monach die Löhne der Straßenbahner in Bonn bis zur abzustützenden Regelung nach der Lohngruppe 2 der Rödertal Arbeiter bezahlt werden. In Trier erfüllt sich der örtliche Vertreter des Transportarbeiterverbandes damit einverstanden, daß in Zukunft die im U. G. B. getroffenen Rahmenvereinbarungen auch für die Trierer Straßenbahner Anwendung finden. Somit hat der Transportarbeiterverband die Rahmenhandlungen für die Straßenbahner in die Hände der Gemeindearbeiterorganisationen gelegt. Nachdrücklich die Monatslöhne der Straßenbahner:

M. 1. Oktober 1921.

1. Jahr 2. Jahr 3. Jahr 4. Jahr 5. Jahr
Bonn:

1043.20 1052.00 1064.00 1074.40 1081.80

M.-Gladbach:

1022.40 1030.20 1038.00 1045.20 1053.80 1061.00

Trier:

1040.00 1024.00 1016.00 1018.00 1060.00

M. 1. November 1921.

Bonn:

1040.80 1051.20 1061.60 1072.00 1082.40

M.-Gladbach:

1020.80 1027.80 1035.00 1043.40 1051.20 1061.00

Trier:

1046.00 1032.00 1061.00 2078.00 2088.00

M. 1. Dezember 1921.

Bonn:

1013.60 1024.00 1034.40 1044.80 1055.20

M.-Gladbach:

1092.80 1090.00 1098.40 1106.20 1124.00 1134.40

Trier:

2124.00 2130.00 2148.00 2160.00 2172.00

Es sind deshalb Monatsbezüge eingefestzt worden, weil die Berechnung verschieden ist. In M.-Gladbach wird nach Arbeitstagen entlohnt, in Bonn und Trier nach Kalendertagen. Diese Bezüge beziehen sich auf die Schaffner. In Bonn und Trier erhalten die Fahrer monatlich 30 M. mehr, in M.-Gladbach 20 M. In Trier erhalten Rollenschaffner und Hilfsaufsichtsbeamte außerdem 3 M. pro Tag extra. Das Haushalts- und Kindergeld beträgt an allen Orten je 4 M. pro Tag.

Das neue Abkommen mit der Kaufm. Kleinbahn.

Die ungünstigsten Verhältnisse zwangen die Organisationen, trotz bestehenden Tarifverträgen, wiederum neue Lohnabredungen zu stellen. Gerade hier in der äußersten Ende des Kreises macht sich die Leistung am alleräußersten bemerkbar. Dieser Umstand mag nun auch dazu beitragen haben, daß die Direktion sich bequeme Zugeständnisse, wenn auch nur in geringer Höhe, zu machen. Ab 5. Dezember werden die Stundentlöhne um 4% erhöht und betragen somit:

a) für Wagenführer	
im 1. Dienstl. pr. Std. 8,00,- € pro Arbeitstag	7,60,- €
2. " " 9,10 " " " 7,70,- "	
3. " " 9,20 " " " 7,80,- "	
4. " " 9,30 " " " 7,90,- "	
5. " " 9,40 " " " 8,00,- "	

b) für Schaffner pro Std. 20,- € oder pro Tag 1,60,- € wem er wie führt. Das Haushaltungs- und Kindergeld beträgt je 4,- € pro Arbeitstag.

Das Haushaltungs- und Kindergeld wird ab 1. November bei der Zahlung von Rentenlohn ebenfalls prozentual gesteigert.

Das Abkommen gilt bis 31. Dezember. Wegen der übrigen Julagen usw. gilt das Abkommen vom 8. Oktober.

**Verhandlungen mit der Rösl.-Bonns
Eisenbahn.** Tief am 25. Oktober abgeschlossenes Lohnabkommen war seitens der Teilnehmerorganisationen gefündigt worden. Am 24. November fanden die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifes statt, die zu folgendem Ergebnis führten. Besonders wichtig der Familiene- und Kindergeldzulagen bezügt nunmehr der Lohn:

Gruppe 1. Gelehrte Handwerker.

Im 17. Lebensjahr pro Stunde 0,95,- €.	
18. " " " 7,25 " "	
19. " " " 7,45 " "	
20. " " " 7,60 " "	
21. " " " 8,10 " "	
22. " " " 8,15 " "	
23. " " " 8,15 " "	
24. " " " 8,30 " "	
25. und mehr " " " 10,30 " "	

Gruppe 2. Angelehrte Arbeiter

(Heizer, Buchdrucker, Töpfer, Fräser, Schuster, Filzlederarbeiter, Filzlederleiter, Schuppen- u. Lederarbeiter)

Im 17. Lebensjahr pro Stunde 6,40,- €.	
18. " " " 6,50 " "	
19. " " " 6,80 " "	
20. " " " 6,95 " "	
21. " " " 7,75 " "	
22. " " " 9,30 " "	
23. " " " 9,50 " "	
24. " " " 9,55 " "	
25. und mehr " " " 9,95 " "	

Gruppe 3. Ungelehrte Arbeiter

(Hilfsarbeiter aller Art, Wagenpürger, Kohlenarbeiter, Rottenarbeiter, Bahnhofsarbeiter, Hilfschaffner)

Im 17. Lebensjahr pro Stunde 6,20,- €.	
18. " " " 6,10 " "	
19. " " " 6,80 " "	
20. " " " 6,75 " "	
21. " " " 9,55 " "	
22. " " " 9,80 " "	
23. " " " 9,90 " "	
24. " " " 9,95 " "	
25. und mehr " " " 9,75 " "	

Gruppe 4. Arbeiterinnen.

Im 21. Lebensjahr pro Stunde 5,80,- €.	
22. " " " 5,55 " "	
23. " " " 5,85 " "	
24. " " " 5,90 " "	
25. und mehr " " " 6,- " "	

Arbeiter unter 20 Jahren.

Gruppe 3. Jugendliche Arbeiter	a männl. b) weibl.
Im 15. Lebensjahr pro Stunde 8,05	8,45,- €
16. " " " 8,05 " " " 8,50 " "	
17. " " " 8,45 " " " 8,15 " "	
18. " " " 8,67 " " " 8,70 " "	
19. " " " 8,48 " " " 8,05 " "	
20. " " " 8,90 " " " 8,41 " "	

Für die seit dem 15. Oktober bis 15. November in regelmäßiger Arbeitsschicht geleisteten Arbeitsstunden werden für Erwachsene über 20 Jahre und alle bisher als Vollarbeiter anerkannten Handwerker und Arbeiter der Lohngruppen 1-3 nachträglich gesetzt 1,10,- € pro Stunde, ab 15. November 1,60,- €.

Vom 1. Dezember ab wird die Familienzulage auf 100,- € und die Kindergeldzulage auf 150,- € pro Monat erhöht. Die Verhältniszulage wird gezahlt.

1. den Gelehrten, 2. den vermittelten oder geschiedenen Personen, wenn sie nachweislich einen eigenen Haushalt führen und den Unterhalt der eigenen Familienangehörigen (bei Geschlechtern des Frau und Kinder) bestreiten, und

3. denjenigen Ledigen, die bisher allein oder überwiegend ihre arbeitsunfähigen oder unterstützungsbedürftigen Eltern, mit denen sie im gemeinschaftlichen Haushalt wohnen, nachweilich versorgt haben.

Die Kindergeldzulage beträgt 150,- € im Monat 1 für jedes Kind unter 14 Jahren, das nicht im Verdienst steht.

2. für jedes über 14 Jahre alte minderjährige Kind, das sich in der ordnungsgemäßigen Ausbildung auf einem erwerbsähnlichen Beruf befindet und dessen Einkommen den Betrag von 150,- € im Jahre nicht übersteigt.

Wertschätzung im Haushalt berechtigt nicht zum Bezug der Kindergeldzulage.

Bei dieser Neuerziehung sind die Kollegen des R. V. G. den Gehalts der Kaufmännischen Arbeiter gleichermaßen ergriffen. Münzenwert wäre auch die Gleichstellung in Bezug auf die sozialen Einrichtungen, wie weiterer Wohnung, der ja in jeder Bevölkerung zutage tritt, in die mögliche Lohnzahlung. Wegen aber auch die Arbeiter des R. V. G. einsehen, daß aus Gehaltsskala zum Ziele führt.

Eine Straßenbahnervereinigung für den Bezirk Südwestdeutschland, eingesetzten von untenem Verbande, fand in Mannheim statt. Hier wurde beschlossen, bei den Spartenorganisationen zu berichten, auch mit einem Nachdruck bei der neuen Tarierung auf eine soziale Ausgestaltung und der Sozialordnung hingewiesen wird. Entsprechende Änderungsanträge zur Sozialordnung wurden einsinnig gefaßt. In bezug auf die kommende Reichsbahnordnung ist die Raukezung den Beziehern unter keinen Umständen anzuwenden, daß die Straßenbahner gewußt dieser Kleiderordnung ebenfalls zur teilweisen Bezahlung der Dienstkleidung herangezogen werden sollen, wie es des Städteverbands geplant habe. Der Bezug auf den freien Dienstkleidung werde da Aufdringlichkeit den schwärmsten Widerstand erregen. In der weiteren Aussprache wurde Kenntnis davon gegeben, daß der sozialdemokratische Stadtrat Zubefrei in Baden-Württemberg die Straßenbahner als ungelehrte, vom Lande her eingekommene Arbeiter bezeichnete, welche im Vergleich zu den höheren Arbeitern bevorzugt seien, welches ein Nutzen ist. Diese Neuerzung fand währende Wissbegüßung aller Konterreutzbahner und wurde so dauernd, daß die gehobenste und verantwortliche Tätigkeit der Straßenbahner noch nicht allgemein erfaßt werden sollte. Belohnt wurde die nächste Konferenz in Baden-Württemberg abzuhalten.

Kollaborationsdienst und Soziales.

Es geht's nun doch nicht. Der Reichsbund der höheren Beamten hat unlängst dem Reichsgerchte seine Forderungen in einigen Richtlinien übermittelt. Unter anderem heißt es darin:

„Der Reichsbund höherer Beamtes fordert grundsätzlich, daß die Gehaltserhöhung aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie den Realstaat des Kriegseinkommens entsprechen. Damit soll die bisher erreichte höhere Einstufung besonders der Beamten des unteren und mittleren Gehaltsgruppen nicht gefährdet werden. Bei der Berechnung ist die Reichsbezeichnung zugrunde zu legen, die auf alle Lebensbedürfnisse auf der Grundlage des uneingedrängten Verbrauchs seit Juli 1914 zu ermessen ist.“

Hierauf alle hat am Oktober 1921, wo die Reichsbezeichnung rund 1700 betrug, ein Beamter des 1914 ein Jahresgehalt von 15000,- €.

hatte, 25000,- € zu beanspruchen. Mit haben gewiß Verständnis für das Bestreben der höheren Beamten, ein der Leistung angemessenes Einkommen sich zu verschaffen. Was aber den höheren Beamten betrifft ist, sollte den übrigen Ständen und Berufen billig sein. Die Durchführung dieser Forderung hat einen glänzenden Stand der bairischen Volksversammlung zur Voraussetzung. Unfehlbar aber hatte man ganz vergessen, daß wie einen verlorenen Weltkrieg hinter uns haben und noch so einige Verpflichtungen auf Grund des Weltkriegsvertrages zu erfüllen. Jedenfalls sollte man bei den höheren Beamten zweckmäßig finanzielle Voraussetzungen, um die Unmöglichkeit ihrer grundlegenden Forderung zu erkennen. Es ist dann, daß den höheren Beamten des Reichs Gehalt auferlegt werden, die die Befriedigung ihrer übernotwendigen Lebensbedürfnisse nicht mehr gelassen, während die höheren Stände, immer noch eine handgemäße Lebenshaltung nach sozialgesetzlichen Vorschriften führen könnten.

Bei solcher Gründung der Berechnung einer ausreichenden Gehaltserhöhung der höheren Beamten muß doch gelingt werden, die aufeinanderfolgende Forderung über das Ziel hinaus. Auch diese Beamtengruppen müssen allmählich einsehen können, daß alle Bürger des Reichs ihren Teil, gemessen an der Tragfähigkeit, an den Kriegshabichten tragen müssen. Bedauerlich ist nur das schlechte Beispiel, welches durch solche unmöglichen Forderungen den anderen Ständen und Beratern gegeben wurde.

Die Deutsche Volksbank,

die von den Grassizionalen Arbeitern, Angestellten- und Beamtenverbänden mit einem Betriebskapital von 10 Millionen Mark als soziales Bankunternehmen gegründet worden ist, wird mit Beginn des kommenden Jahres als ersten Geschäftszweig den Spar Geldverkehr aufzunehmen, nachdem ihr die durch eine Änderung des Kapitalfluchtwesens ermöglichte Genehmigung zur Annahme von Spargeldern erteilt worden ist.

Die Absicht der Gründer ist bekannt; die Deutsche Volksbank soll die Spargelder der Verbandsmitglieder zusammenfassen und sie ausschließlich nach den Interessen der Sparer im wirtschaftlichen und sozialen Sinne verwahren.

Für die Gründung war ferner auch der Wunsch maßgebend, die Arbeitnehmer den eigenen Kreisen anzuführen. Ist es doch bekannt, daß auch die öffentlichen Sparkassen ihre Überflüsse nicht für die Sparer, sondern zur Befestigung kommunaler Sorgen verwenden

Der Ausschuss der Kanz ist unter dem Vorsitz des Kollegen Siegerwald aus Führern der Gewerkschaften und Verbandsorganisationen gebildet und wird durch einen Verwaltungsbereich von herausragenden Vertretern des Kirchendienstes unterstützt.

Die Sparten haben hier also den in gewerkschaftlichen Kreisen eisernen Einfluss auf die Verwaltung ihrer Spargelder, der unverwüstlich ist. Sie haben die Gewissheit, daß die Spargelder ausschließlich ihren Interessen, also nicht Kreisen zugestimmt werden, die ihnen fremd oder ablehnend gegenüberstehen.

Um logisch jedem Verbandsmitgliede im ganzen Reich die Möglichkeit zu geben, sich die Vorteile der eigenen Bankgründung in das eigene Weil zu holen, ist ein **Vollzugsbericht** eingerichtet.

Daneben ist für den hohen Spargeldvorteile der Ausbau eines Reges von "Spannungsannahmestellen" in Aussicht genommen und in Vorbereitung, denn der allmäßliche Aufbau des übrigen Bankinrichtungen in einer der Entwicklung entsprechenden Weise folgen wird.

Als erste Annahmestelle für den Vorbericht wird die Hauptgeschäftsstelle für den Westen am 2. Januar 1922 ihren Geschäftsbetrieb im Eisenbahnhof 24 eröffnen und zugleich den gesamten Volksdeutschervorbericht feiern. Auf die Aufgaben der Elterne Bankstelle werden wir zurückkommen.

Die Bankrätsleute und die Haushaltssenatoren der örtlichen Gemeindesäulen werden zu übernehmen, ihren Kollegen und Kameraden Volksdeutschern auszuhändigen, und damit den Volksdeutschervorbericht logisch auf eine breite Grundlage stellen.

Wiederherstellung des Reichsinfrastrukturkurses.

Mit der weiteren Weltentwertung und der Zeuerung des Lebenshaltung führt auch die im Reichsinfrastrukturkurs vorgesehene Steuerung ihren sozialen Charakter immer mehr ein.

Seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes wie auch seitens der Traditionen des Zentrums und der Sozialen Volkspartei wurden Anträge auf eine anderweitige Staffelung bei der Regierung eingereicht. Der Gemeindesäulenvorbericht folgendige Staffelung hat:

bis 40.000,- M. Einkommen	10,- %
bis die nächsten 10.000,- M.	15,-
" 10.000,- "	20,-
" 40.000,- "	25,-
" 100.000,- "	30,-
" 100.000,- "	25,-
" 100.000,- "	40,-
" 200.000,- "	45,-
" 200.000,- "	50,-
" das weiteste Einkommen	55,-

Daß es hat der Deutsche Gewerkschaftsbund vorgeholt, daß für die geringeren Einkommen eine weitere Herabsetzung durch Erhöhung der Abzüge geschaffen wird, die jetzt schon freigefallen sind, statt der bisherigen 120,- M. sollen nunmehr 420,- M. von dem errechneten Steuerauftrag abgerechnet werden, für die nicht selbstständig veranlagte Ehefrau 20,- M., für jedes minderjährige Kind ohne elznen Gewerb 200,- M., wie jetzt 180,- M. Diese Rückschlüsse kommen bis zum Einkommen von 100.000,- M. gelten.

Auch der heutige Werbungsförderung, der 180,- M. Steuerauftrag beträgt, muß als Überholungserwerben der Deutschen Gewerkschaftsbund soll seine Verdopplung für erlaubtlich.

Barausichtlich wird in den nächsten Tagen eine Notelle zum Reichsinfrastrukturkurs von der Regierung dem Reichstag vorgetragen werden,

Wirtschaftlich-sozialer Ausbildungsklausur.

Die Evangelisch-soziale Schule veranstaltet vom 16. Januar bis 4. Februar 1922 einen dreiwöchigen wirtschaftlich-sozialen Ausbildungsklausur zur Fortbildung des Führungsnachwuchses der christlich-nationalen Arbeitstheme

gung in grundlegender Einführung in die wissenschaftlichen Herauslegerungen und religiös-kirchlicher Festigung.

Das Programm umfaßt über 40 Vorträge, dazu Arbeit- und Wiederholungsstunden zur Festigung des in den Vorträgen gewonnenen Wissens.

Die Kosten der Teilnahme belaufen sich für einen einzelnen Kursisten auf 40,- M. täglich (20,- M. Verpflegung, 8,- M. Wohnung und 3,- M. Aufzugsgebühr.)

Zur Teilnahme zugelassen werden Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die sich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ihre ge-werkschaftliche, konfessionelle und politische Tätigkeit geschlossen haben und aus innerer Idee oder Überzeugung in der Bewegung stehen. Die Lehrgangsgenossen sind so gewählt, daß auch neu in die Bewegung getretene Beamte und Beamten des Kultus mit Ihnen mitmachen können.

Anmeldungen und Antritte sind zu richten an die Aufsichtsabteilung der Evangelisch-sozialen Schule e. V. Spannow-Johannesstift.

Geistaten der Kriegsgefangenen.

In Zukunft sind alle Gutsherrnlinien der deutschen Heimat und alle Anträge über Gutsherrnangelegenheiten der deutschen Heimleiter der Haupthälfte für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin G.M. 68, Schönstraße 2, eingeladen.

Arbeiterbewegung.

Unsere Kampfsemele.

In einem Bericht über die Höhereingruppierung der böhmen Straßenbahner in der böhmen Straßen- und Kleinbahnerzeitung Nr. 26 vom 2. Dezember glaubt ein Straßenbahn-Baustellenarbeiter die Ehrenhaftigkeit unseres Bezirkspfarrers Hähnler aus Karlsruhe in ein leichtes Lied fallen zu lassen. Kollege Hähnler soll an eine Ortsgruppe gehörigen haben, daß er nur soviel bei der Polizei-Auflösung für die Kollegen ins Jeng legen wolle, je mehr man ihm Butter und Bier bestimmen werde. In Erwiderung solcher Ausschiffungsmöglichkeiten glaubte der Pfarrer mit dieser Bekämpfung des Kollegen Hähnler falsch liegen zu können. Eine solche Auffassung würde im gegnerischen Lager mit Freuden begrüßt werden, dieses um so mehr, als leichtlich, daß Kollege Hähnler in ehrlicher und unermüdlicher Weise für die Verbesserung der Lohns- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder sich bestrebt hat, welches auch durch die andauernde Mitgliedergewinnung in seinem Bezirkseinsatz bewiesen ist, zum Vergleich unserer Gegner. Es hat den Anschein, daß die Zahl der Kämpfertritte zu unserem Verbunde wohl darauf zurückzuführen ist, daß verschiedene Beamten der gegnerischen Organisation, trotzdem sie mit Butter und Bier reichlich verorgt worden sind, die Interessen ihrer Mitglieder nicht so wahrgenommen haben, als wir es zu tun pflegen ohne Erhalt solcher nützlicher Dinge. Der erwähnte Brief wurde vor zwei Jahren geschrieben. Kollegen aus einem Städchen des westsächsischen Altdorf baten unseren Kollegen Hähnler wiederholt dringend, zu ihnen hinzukommen, um auch ihre Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die Kollegen stellten von sich aus dem Kollegen Hähnler in Aussicht, ihm bei seinem Einkommen etwas Butter und Bier zu belobigen, woraufhin dieser scherhaftweise gerücksichtigt, er werde sich um so mehr für die Kollegen ins Jeng legen als sie ihm was belobigen würden.

Doch diese Bewertung von den Kollegen so aufgefaßt ist, wie sie gemeint war, zeigt die Entzürzung, die sich überall gegen die unselige Kammerweise der Genossen in unserer Ortsgruppe zeigte. Wie die Straßen-Kleinbahnerzeitung ihre Leiter verschwindet, alle Erfolge auf Konto des Transportarbeiterverbandes zu buchen versucht, dafür ist folgende Tatsache festgestellt. In dem Bericht über die Häherine Gruppierung der böhmen Straßenbahner ist in Sperrdruck wiedergegeben, daß alle Straßenbahner mit 2 Dienstjahren von der Prüfung freit bleiben und gleich in Gruppe 4 eingeteilt werden. Diese wichtige Bestimmung ist auf Antrag des Kollegen Hähnler aufgenommen worden und da läuft es bald albern und lächerlich von den Genossen, alle Erfolge nur für sich in Anspruch zu nehmen. Mag die Straßen- und Kleinbahnerzeitung weiter so "berichten", wie werden ungeachtet ihrer niedrigen Agitationswelle unseren Weg weitergehen.

(Zedensfalls zeigt uns dieses Vorgehen der Genossen, daß sie ehrlich bestrebt sind, jede auch noch so harmlose Täuschung in ihr Gegenteil zu versetzen, um für sich Kapital daraus zu schlagen. Eine Warnung für unsere Kollegen, jede Neuerung zu unterlassen, die mit dem Maßstab einer Berechtigung gegen uns ausgenutzt werden kann. D. R.)

Eine gemeinsame Zugung des Reichsbaudaches der Großbaudienststellen und der

Wurben der Hotel-Restaurants und Gastronomiebetriebe Deutschlands

Norm. Berlin Verband und Deutscher Reise-Zund Union (Gennach), die seit April in einer Betriebsgemeinschaft dem Gewerkschaftsbund der Großbaudienststellen dem Gewerkschaftsbund der christlich-nationalen Gemeindesäulen angehören sind, findet statt am 14. und 15. Dezember in Leipzig.

Zu ihr soll das Baudach aus der gemeinsamen Arbeit gegangen werden, indem daß die beiden Verbände zu einem einzigen Verband zusammengehen. Nur diese Weise werden etwa 15.000 Angehörige im Großwirtsgewerbe zu einem einzigen Bunde im christlich-nationalen Gewerkschaftsbau zusammengefügt sein.

Aus den Ortsgruppen.

Sachsen. Kommunistische Gewerkschaftsbüro. Erleichtert die Beschilderung auch irrtümlich, so ist sie doch Irrtum. Da, Tatsache in der sozialistisch-kommunistischen Hochburg Leipzig! Warum sollten es denn auch die Herren nicht mit allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln vertreiben? Warum nicht die Belegschaft ausnutzen, um als Bonus allen nicht kommunistischen Arbeitern das Gegenteil zu beweisen! Wo die sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaftsvertreter in Deutschland nun bald verschwinden, warum soll man, wenn die Auseinandersetzung so aufregend schreiten, nicht endlich sich selbst die Führung zuwenden, ja ausüben? Wer bindet es und? Was tut's, wenn dabei das nicht die Solidarität flöten geht? — Wenn ich ihn nur habe, nämlich den persönlichen Vortrag Gedächtnis, guton. — Der 8. November, der die Straßenbahner in die Versammlung rief, um durch "König und" zu beschließen, daß der 9. November auch unter Demonstrationstag sei, dem es in aufs neue, doch nur eine parteilich-kommunistische Gewerkschaftsführung für die Leipziger Straßenbahner die geeignete sei! Was hinderte also den Kommunisten, Wagnis zu tragen, sich bei der am 12. November stattfindenden Stadtverordnetenversammlung von en zu lassen? Ein großer politisch-christlicher Grundlage? etwa ein Häuslein Christen vom Centralstand? — Soß ein Koch! Es loß jetzt anders werden! Politisch-kommunistisches Christentum, Zukunftschristliche Religion. Möglicherweise gehören auch in Leipzig ein kommunistisch Neues!

Wo die Mehrheit und die Gewalt ist, da ist das Recht! 16 sind mehr als einer und haben es! Sicherlich ist 16 mal soviel Recht. Natürlich auch im Betriebsrat der Großen Leipziger Straßenbahn! Woan in wichtigen Angelegenheiten eine freie unabhängige Abstimmung des Verbands! Ein Sozial-Radikalsind und "Hande hochheben" genugt! "Wom brauchen wir noch andere Gewerkschaften?" Dafür haben nur Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Ja, es ist zum Faden, wenn nicht so ernst wäre. Eine nachdenkliche Gewerkschaftsteil an das Grauen ankommen! Wie ist es nun aber mit der immer leidenden "Gefangenheit" der einheitsgeführten Gewerkschaft der Großen Leipziger Straßenbahn bestellt? Als im August zum ersten Mal in Leipziger Straßenbahnbetrieb zur Betriebsratswahl eine zweite (sozialistische) Liste anerkannt wird n mutig, erhob sich ein schweres Gewitter. Der geschäftsführende Betriebsrat riet zur gemeinsamen Wahl von Arbeitern und Angestellten auf. Sichverständlichkeit haben wir gegen eine gemeinsame Wahl im Prinzip nichts einzubringen. Punkten jedoch jede Single werden, als in einer wortwörtlichen Wollperi mmission die Grundsätze der sozialistischen Gewerkschaften vom Kommunisten Hermann in einem staatseindriechter und plauschreicher Weise erörtert wurden! Alles aber, wie schon bewertet, um Zweide der gemeinsamen Wahl von Arbeitern und Angestellten in den Betriebsrat. — Ein sonderbares Bild von der befiedelten Gemeinsamkeit ist dort allerdings der Revolutionsabsturz des deutschen Parteis am 9. November. Es sieht so, dass eine durchaus demonstrative Stellung des Betriebes sich nur das Arbeitpersonal geleistet hat. Die Ansiedlungen bzw. die Beamtin bei der Großen Leipziger Straßenbahn rüden obwohl kein werksmäßig benannt! — mit allen sozialistischen Organisatoren weit ab von allen sozialistisch-realistischen parteipolitischen Vertretern.

So ist die sozialistisch-kommunistische Vernunft in Leipzig tatsächlich entstanden, und es kommt nicht nur in Deutschland — Berlin, sondern auch in Sachsen — Leipzig darauf an, dass endlich alle Beamte, Angestellte und Arbeiter, einschl. der Betriebsbetriebe, entsprechend Stellung nehmen.

Nicht um einen Vorantritt ihres und in ihm, es geht um Arbeit, Würde und Ansehen der Gewerkschaft des Betriebes und nicht meist auch mit dem Betriebs-Amtseifer, Schimpf und in der Straßenbahn Leipzig macht die Mützen auf. Ich erkläre zwei sozialistischen Gewerkschaften fallen und erkennen doch eine kommunistische Gewerkschaftsbeteiligung an. In bedauert! Ob ein Gewerkschaftsbund in sozialem Kommunismus ist soll und abschließlich sein. Auf mich er ist gewerkschaftlichen Grundlagen führen. Da er so das aber nicht tut und niemals kann, wird ihm's Terror, Totschlag usw. an der Tag abnehmen bleiben. Darum rufen wir euch zu Beschluss jähre während und Organisation in Freiheit in den Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands!

Kreis! Am 28. November hielt die Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Der 2. Vorsitzende Kroonen leitete die Versammlung, manche die Zusatzordnung bekannt, die lautete: 1. Lohnbewegungen bei Straßenbahn und Gemeindearbeit. 2. Beitragsregelung. 3. Sozialisation. Roll als Gruppe referierte zu Punkt 1 und führte den Mitgliedern ein anschauliches Bild der Bewegungen vor Augen. In der Diskussion klara durch, dass die Arbeiterschaft heute unter großer Not leidet, deshalb auch unbedingt erwartet, dass der Arbeitgeberverband weitere Lohnangeständnisse macht. Den Organisationsleitern wurde volles Vertrauen entgegengebracht. Zu Punkt 2. Voraussetzung, er äußerte Kollege Kroonen die Notwendigkeit der Erhöhung und hand allgemeines Verständnis für seine Ausführungen. Es wurde auch der Vorschlag der Zentrale in Betracht gezogen und stand vollständige Würdigung. Da mir Zeit und nicht abholen ist, was die sozialistischen Verbände machen, bestückte die Versammlung auf Votum des Kollegen Roll hin, am 1. Januar 1922 die Beiträge so zu zählen, wie sie in den gesetzlichen Verbänden erzielt werden. Dieser Beschluss stand die große Mehrheit und bedient nicht nur, doch alle Kolleginnen und Kollegen ab 1. Januar keine alten Marken mehr lebten, sondern neue. Die Verantwortlichen sind dadurch verpflichtet, alle Marken stände am 1. Januar abzuliefern. Rückständige Mitglieder müssen bis 1. Januar voll bezahlt haben, damit Unrechtsmängel erhaftigbar seien. Zu Punkt 3. Sozialisation, fanden der Versammlung die Ressourcen der letzten Zeit ein Bedürfnis, und allzuviel war man der Meinung, dass unsere Organisation durch sehr viele Mitglieder ausgeführt werden können. Die Vorarbeiten

für die Beamtin einzusetzen, um dann gemeinsam mit sozialistischen Kolleginnen und Kollegen die planmäßige Durchsetzung durchzuführen. So schloss die sohn verliefene Versammlung mit dem offiziellen Wollen, unsere Ortsgruppe vorwärts zu bringen.

München. Am 21. November hielt unsere Ortsgruppe eine sehr gut besuchte Versammlung ab, zu der Kollege Auer Wünch als Referent erschienen war. Redner nahm in seinen Ausführungen Stellung zu der durch die ungeheure Preissteigerung entstandene Leitung und die dadurch notwendig gewordene Aktion zur Behebung der Notlage der härt. Arbeiterschaft. In kurzen Jügen hörte Redner die bereits häufige unbewohnten Verhandlungen der Spartenorganisationen mit den Reichsbahnen und deren Ergebnisse, dabei betonend, dass das Geläufige der dort festgestellten Teuerungsabschläge mit den Abnahmen von 105 bis 200 M. nicht befriedigend sei, da gerade in dem gegenwärtigen Stadium die Teuerung allgemein in gleichem Maßstabe zur Auswirkung gelangt. Bei dieser Regelung wurde außer Acht gelassen, dass die erforderliche Spannung zwischen ungelernten, angelehrten und gesetzten Arbeitern bereits vorhanden sei und eine Ursache z. B. nicht bestreite diese Spannung noch zu erweitern. Einverstanden sei jedoch für eine Ablösung nach Altersgrenzen vorhanden. Außerher Grund müssen wir bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen uns auf den Standpunkt einer einzigen Tarifvertragsschlüsse stellen. Vor allem sei es erforderlich an den Staatsrat den Antrag um Billigung einer einmaligen Beschaffungsbehilfe bzw. um sofortige Ausbezahlung eines Vorabusses zu richten, damit die Arbeiterschaft dort vor einer weiteren Übersteinerung sich mit Lebensmittel und Verbrauchsartikeln eindeden kann.

In der nun folgenden Diskussion die ziemlich rege verlief, wurden die Ausführungen des A. durch Schwierigkeiten der öffentlichen Verwaltung noch ergänzt wobei zum Ausdruck kam, dass Rosenheim noch immer in Ortsgruppe C eingeteilt sei obwohl es zu den neuzeitlichen Städten gehört. Verbleiben könne es die Arbeiterschaft trotzdem, da mit der Belebung der Klimaverhältnisse immer noch ein Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern gemacht werde. Ein Angleich sei hierzu herbei zu führen.

Zum Schlusse kam der Referent noch auf die bei der Regensburger Konferenz beschlossene Preissteigerung zu sprechen. Er bedurfte beständig, das durch die Gesetzgebung auch noch finanzielle Mittel für die Gewerkschaften gegeben werden müsse. Zur eine gut finanzierte Organisation könne ihre Aufgabe erfüllen. Steht man in Vertrags wie das Unbekommen des Einzelnen gehoben, muss ja beweisen, dass der Betriebsbeitrag eigentlich nur mehr einen ganz geringen Bruchteil dessen ist. Er reicht zwar, doch die Kollegen den Ausführungen auch das nötige Verständnis entgegenbringen. Der Vorsitzender kann nicht mehr für eine den Verhältnissen entsprechende Reform sich erklären.

Nachdem noch einige Sonderwünsche von Kollegen über Betriebspolitik geklärt waren schloss der Vorsitzende mit dem Appell in der Verarbeitung für die Organisation nicht zu erledigen, die angedeutet verlaufene Verhandlung.

Köln. Verfasst. und Vertrieben. Am 5. Dezember 1921 versammelten sich die Verfasst- und Vertriebsbeamten der Stadt Köln sehr zahlreich, um einen Bericht des Kollegen Weltkast über die Tätigkeit der Organisation im vergangenen Jahre einzugehen zu nehmen. Der Bericht liest erkennen, dass viele Arbeitnehmer wurde und doch in den streitigen Fragen, namentlich der Bildungsrevision, die Organisation voll und ganz ihre Pflicht getan hat. Die Dienstleider- und Dienstwohnungsfragen sowie eine große Anzahl kleinerer Anträge sind durch die intensive Arbeit des Vorsitzenden zur Zufriedenheit der Mitglieder zum Abschluss gebracht worden. Die Ausgleichsmaßnahmen, welche noch den einkommensschwachen Organisationen nur in Köln in solch großem Umfang gebracht wird, ist in der Hauptstadt durch den Verband herausgebracht worden. Zugleich steht die Verbandsgruppe auf dem Standpunkt, dass die Arbeitsmarktpolitik welche in den anderen Gruppen teilweise höher ist, als das Verhältnis auf die Arbeit nicht verhinder können, und wäre wohl der Beamtin eine Nachfrage auf die Zahlung ist und das darum, dass die Aussicht ist nicht in Zukunft komme, um einen

der Ortsgruppe sehr beschäftigt dachten. Früher verbrachte Dienstleider auf das Beauftragungs- und Ausbildungsdienstalter anzurechnen, um damit die Nachteile der heutigen Ausbildungsmöglichkeiten zu mildern. Der heutige Antrag steht unmittelbar bevor.

Die Diskussion brachte die Erfahrung der Beamtin nicht zum Ausdruck und ich die ursprüngliche Einigkeit mit dem Beamtendienstamt in keiner bestimmten Zusammenfassung klar erkennen.

Zum zweiten Punkt der Zusammensetzung erstattete der Kollege Eger vom Beamtenausschuss einen Bericht über die Beamtenversammlung vom 2. Oktober 1921 in Köln. Der Berichtsteller beschreibt die Organisationsverhältnisse innerhalb der Beamtenenschaft und beschreibt das Wollen der Ortsgruppe als Besserarbeit im Sinne einer nationalen Beamtenvereinigung.

Zur Ausführung an die fortlaufende Innung wurde einstimmig beschlossen, den Verbandsbeitrag ab 1. Januar 1922 auf 2.— Mark verringert, seitens eben und zur Förderung der Kollektive einen monetären Beitrag von 1.— Mark einzuführen. Der durchschnittliche Monatsbeitrag erreicht damit die Höhe von 11.— Mark und dürfte gegenüber den Beiträgen neuerlicher Organisationen als angemessen zu betrachten sein. Aus verschiedenen Gründen glaubte man über den vorbeschlagenen Beitragssatz nicht einzuholen zu können.

Als einen weiteren Nachteil für die Vereinigung wurde das Fehlen eines eigenen Organe betont. Der Vorstand beschloss daher eine Verlagerung zum Verbandsorgan einzuführen und war in der Form eines Mitteilungsblattes lediglich für Beamtenten.

Die imposante Versammlung gab einen Beweis, dass davon, dass die militärisch-nationalen Vereine und Betriebskantone der Stadt Köln den militärischen Neutralitätszwecken reinig über Bord geworfen hat und die Verwertung ihrer Ideale nur im deutlichen Gewerkschaftsbund verhindert sieht. Es ist der aufrichtige Wunsch der amten Wissensdienst, dass das neue Jahr 1922 der Vereinigung die nordwestliche Ausdehnung über ganz Deutschland bringen wird.

Berbandsnachrichten.

In der Woche vom 25. bis 31. Dezember ist der 52. Wochentagung läufig. Da mit dieser Woche das Jahr 1921 abgeschlossen, vom 1. Januar 1922 ab aber neue Marken gezeigt werden müssen, erfordert eine gerechte Weihnachtsförderung. Die pünktliche Zahlung der fälligen Beiträge.

Die Ortsgruppenvorstände werden erinnert, dass Beiträge für die neuen Weihnachtsmarken (entferrend der Bekanntmachung in voriger Nummer) sofort der Hauptstellenstelle eingureichen.

Der Zentralvorstand.

Gedenktag.



Gestorben sind die Kollegen

Fapp Johann, Mainz	12. 11. 21
Hofmann Hermann, Leipzig	13. 11. 21
Schnorr, erg. Ztg., Köln	23. 11. 21
Niederlein Theodore, Bonn	28. 11. 21
Huber Heinrich, Bönn	31. 11. 21
Vander Friede, Ztg., Köln	5. 12. 21
Höglund Otto, Augsburg	5. 12. 21
Rehers Wilhelm, Düsseldorf	6. 12. 21

Ehre ihrem Andenken!